

Gisbert Schalitz und Axel Behrendt

Zum Verständnis der Dimension des Umwelt- und Naturschutzes und einige spezielle Probleme im Deutsch-Polnischen Nationalpark „Unteres Odertal“

Erschienen in: Nationalpark-Jahrbuch Unteres Odertal (5), 107-113

1. Entwicklungslinien und Positionsbestimmung

In seiner ca. zwei Millionen Jahre währenden Entwicklungszeit war der Mensch Teil der Natur, eine Art, die sich gemeinsam mit anderen Arten entwickelt und an sich ständig verändernde Gegebenheiten angepasst hat. Die Koevolution hat den Menschen genetisch geprägt und sein Wesen im Innersten begründet (WILSON 1997).

Das menschliche Dasein war zweifellos eine fortgesetzte Folge von Zugriffen auf die Natur, aber meist nur insoweit, als sie dem Überleben diene. In den alten Kulturen von China, Indiens bis zum Mittelalter war es oberstes Ziel der Menschengesellschaft, die Harmonie des Kosmos zu reflektieren. Das traf auch auf das christliche Europa zu, wo man sich auf den göttlichen Geist bezog. Mit dem Aufkommen der Renaissance wurde das Weltbild eines belebten, aber statischen bzw. zyklischen Kosmos durch das Modell eines mechanischen Räderwerks ersetzt. 1637 begründete Descartes die rein mechanistische Sicht der Welt mit einer scharfen Trennung von Geist und Materie. Die ehemals ganzheitliche Weltordnung ergab plötzlich keinen Sinn mehr, die Natur war nunmehr Rohstofflager, Ausbeutungsobjekt und Abfallkloake des Menschen. In der Folgezeit entstand ein Weltbild, zu dem der Mensch mittels seiner Vernunft Zugang hatte (KANT) und das seiner persönlichen Freiheit gegenüber der Natur keine Grenzen mehr setzte. Der Mensch als Individuum erfuhr eine Heraushebung, während die Tiere und andere Lebewesen nur noch als Automaten, Dinge und Mittel galten.

Die theoretische Begründung eines solchen Materialismus (u. a. auch BACON in England) öffneten in der Folgezeit einer monetären Abschätzung des Wertes aller Dinge durch den Marktpreis Tür und Tor. Der Kapitalismus war geboren. Die üblen Erscheinungen des Frühkapitalismus lassen uns noch heute kalte Schauer über den Rücken laufen. Diese Zeit war mit einer Naturzerstörung ohnegleichen verbunden. Maler der damaligen Zeit haben dampfende Industrielandschaften mit riesigen Schornsteinen als Ausdruck gigantischer menschlicher Kraftentfaltung verherrlicht.

Es war kein Wunder, dass eine massive Gegenbewegung einsetzte, die aus der leidgeprüften Arbeiterbewegung kam. Engels' Werk „Zur Lage der arbeitenden Klasse in England“ ist eines der wenigen, die wegen ihrer Authentizität heute noch lesenswert sind (Engels war selbst Fabrikbesitzer in Manchester). Engels wie auch Marx erkannten aber nicht, dass der ungehemmte Produktivismus erhebliche Schattenseiten zeitigte. Um die klassenlose Gesellschaft als Ende der Geschichte zu schaffen, hatte eine ungeahnte Steigerung der Produktivität zu erfolgen, die den Kapitalismus noch in den Schatten stellen sollte. Ein Beispiel: Noch im Jahre 1987 huldigte man dieser Auffassung, als an der Sektion Pflanzenproduktion der Humboldt- Universität zu Berlin ein Kolloquium zur Thematik „Bodenfruchtbarkeit und Ertragssteigerung in den Werken von Karl Marx“ stattfand. Die Initiatoren aus Partei- und Sektionsleitung versuchten damit, weiterhin

Argumente für die damals in der DDR hoch im Kurs stehenden Höchstertragskonzeptionen zu liefern. Marx hatte geschrieben, dass es dem Boden zu Eigen sei, durch Bewirtschaftung bzw. immer intensivere Bearbeitung ständig fruchtbarer zu werden und damit unbegrenzte Ertragssteigerungen zu ermöglichen. Auf den Einwand in der Kolloquiumsdiskussion hin, dass dies bei Moorböden erwiesenermaßen nicht so sei, gab es keine Antwort, wohl aber im Nachhinein Verdächtigungen und Diskriminierungen.

Im Westen hatte sich die Fortschrittsideologie mit ähnlichen Heilsversprechen ebenfalls weiterentwickelt. Der Liberalismus setzte (und setzt) vor allem auf eine Ausweitung der Märkte mit immer höherem Konsum. Das Neue wurde stets besser als das Alte und als unbedingt notwendig kreiert. Die Menschheit sollte linear von Stufe zu Stufe aufsteigen zu immer höherem materiellen Wohlstand und unbegrenztem Fortschritt.

Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems sah FUKUYAMA (2002) das Ende der Geschichte kommen: Marktwirtschaft und liberale Demokratie wurden überall eingeführt. Dieses Heil sollte auch allen „unterentwickelten“ Völkern und Stämmen zukommen.

Die Fortschrittsideologie geriet aber schon weit früher in die Krise (BAHRO 1990). Die Produktivkräfte sind heute in hohem Maße zerstörerisch geworden. Die Bodenschätze haben sich als begrenzt herausgestellt. Ideologien sind zusammengebrochen und erhebliches Potential ist der Ökologiebewegung zugeflossen.

Nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems hat der Liberalismus noch einmal einen Auftrieb erfahren, der den massiven Widerstand der Umweltbewegung weltweit stark forciert hat (Porto Alegre, Genua). Jedoch glauben heute vermutlich nur noch wenige an den „unbegrenzten Fortschritt“. Wir glauben mit JONAS (1989), dass die neu entdeckte Schicksalsgemeinschaft von Mensch und Natur uns auch die Würde der Natur wiederentdecken lässt und uns über das Utilitaristische hinaus ihre Integrität bewahren heißt.

2. Konfliktfeld Deutsch-Polnischer Nationalpark

Ziel eines Nationalparkes ist es, großräumige naturnahe Landschaften in ihrer Unverwechselbarkeit unzerstört für unabsehbare Zeiträume zu erhalten. Das heißt auch, dass auf mindestens 50 % der Fläche jegliche Nutzung natürlicher Ressourcen unterbleiben muss, damit die naturgegebene Entwicklung der Lebensgemeinschaften nicht beeinträchtigt wird. Der Mensch hat hier Zugang zur ursprünglichen Natur, sprich Wildnis.

Die Kurzatmigkeit der Politik macht die Verantwortungsträger immer wieder empfänglich für Zugeständnisse aller Art und Aufweichungen einmal getroffener Festlegungen für eine Ebene, in der ein ganz anderer Zeitmaßstab gilt. Es sollte sich eine Betrachtungsweise durchsetzen, dass es die einmal ausgewiesene Schutzfläche quasi gar nicht mehr gibt, dass unser Planet schlechthin um die geschützten Flächen unveränderbar kleiner geworden ist. Anders wird wohl Naturerbe heutzutage nicht zu erhalten sein.

Der Bezug zur umgebenden Welt existiert natürlich weiter: Stoffein- und -austräge finden statt, und völlig abgeschirmte Natur gibt es heute auf der Erde nicht mehr. Ganz besonders gilt das für einen Auennationalpark mit einer Länge von 62 km und nur wenigen km Breite. Der riesige Flächenfilter des unteren Odertals nimmt zahlreiche Schadstoffe des Oderwassers auf und sorbiert sie, so dass eine erhebliche Umweltentlastung anderer Gebiete und der Ostsee eintritt.

Wir müssen natürlich diesen Akkumulationsprozess in der Aue sorgsam beobachten, um dramatische Auswirkungen auf die zu schützenden Lebensgemeinschaften sicher auszuschließen.

Wesentliche Impulse für die Gesellschaft können auf dem Gebiet der Umweltbildung und Umwelterziehung vom Nationalparkgedanken ausgehen. Es ist erschreckend, wie wenig Kinder und Jugendliche heute den Umgang mit der Natur pflegen und wie gering ihr Wissen um Naturprozesse und -abläufe ist. Dies ist sicherlich auch unserem „virtuellen Zeitalter“ geschuldet.

Menschen, die sich in einem Nationalpark engagieren, haben anspruchsvolle Umweltbildungs- und Erziehungsaufgaben. Der Staat sollte diese Bildungsarbeit kräftig unterstützen, da Umweltbildung an anderen Lernorten wie Schulen oder Kindertagesstätten häufig zu kurz kommt oder gar nicht vermittelt wird.

Erst Bildung schafft die Voraussetzung, Natur zu verstehen und daraus auch Schlussfolgerungen und Ziele für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft abzuleiten. Wir werden uns der Frage nicht verschließen können, in welche Richtung sich die Menschheit fortentwickeln soll. Nationalparke sind hier Ruhepunkte der Besinnung, des Nachdenkens und des Experimentierens. Es gilt also, hier Werte zu verteidigen, die nicht vordergründig in Geld messbar sind (SCHALITZ & BECKMANN 1998). Das ist u. a. die biologische Vielfalt, deren Abnahme keinesfalls unabwendbar sein muss. Die Zukunft ist immer offen, es gibt nur Werte und Kräfte – entscheidend wird sein, welche Priorität man setzt. Wichtig sind sicher naturwissenschaftliche Argumente, aber zumindest gleiche, wenn nicht höhere Bedeutung kommt auch der geschickten juristischen Auseinandersetzung zu.

Zeiten großer gesellschaftlicher Umbrüche sind auch Zeiten, in denen sich progressive Entwicklungen entscheidend voranbringen lassen. So war die letzte Volkskammersitzung der DDR und darauf basierend die Verordnung des ehemaligen Ministerrats vom 12. September 1990 die Grundlage für die Unterschutzstellung der ostdeutschen Nationalparke Hochharz, Sächsische Schweiz, Müritzer See, Jasmund und Vorpommersche Boddenlandschaft ab dem 1. Oktober 1990. Diese Nationalparke wurden im Einigungsvertrag bestätigt. Damals reichte die Zeit für die Unterschutzstellung des Unteren Odertals nicht aus. Diese Verzögerung sollte sich als sehr negativ herausstellen.

Das Brandenburgische Umweltministerium zog erst im März 1992 mit einer „Verordnung zur einstweiligen Sicherung des Unteren Odertals“ nach. Allerdings hatte sich frühzeitig der Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks „Unteres Odertal“ e.V. gegründet, der das Nationalparkprojekt unbeirrbar im Auge behielt und die damals günstigen Möglichkeiten der Mittelvergabe nutzte. Die Kooperation mit der polnischen Seite war von Anfang an Initiativziel des Vereins. Zum 1.4.1993 gelang die Unterschutzstellung des polnischen Teils als Landschaftspark, das entsprach fast den deutschen Nationalparkkriterien. Damit geriet die deutsche Seite weiter unter Zugzwang. Leider formierte sich in Deutschland ein massiver Widerstand gegen den geplanten Anteil an Totalreservaten von damals 40 % und den forcierten Landkauf durch den Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen Nationalparks.

Es gründete sich ein Verein der Nationalpark-Gegner, der die eingeleitete Entwicklung zu einem Nationalpark stoppen wollte. Die ohnehin durch massiven Arbeitsplatzabbau und soziale Unsicherheit vorhandene Unruhe in der Bevölkerung nahm zu. Vermutlich stellten sich viele damals die Frage: Wie kann man Arten- und Biotopschutz und im weiteren Sinne Umweltschutz betreiben, wenn sich die Bedingungen für die Menschen dramatisch verändern und zunächst eine Besserung nicht in Sicht ist?

Doch der Förderverein hat sich der Situation gestellt, an der Nationalparkidee festgehalten und einen langen Atem bewiesen. Als günstig stellte sich heraus, dass eine Reihe prominenter

Wissenschaftler, Wirtschafts- und Verwaltungsvertreter dem Verein angehörten, die sich auch in der Öffentlichkeit Gehör verschaffen konnten. So wurde das publizistische Feld nicht nur der Sensations-Presseberichterstattung überlassen, sondern es wurden gezielt Pressemitteilungen an überregionale Zeitungen verschickt. Der Verein leistete fortwährend Aufklärungsarbeit, dass ein Nationalpark keine Arbeitsplätze vernichtet, sondern attraktive Arbeitsmöglichkeiten in der Region schaffen kann.

Im Herbst des Jahres 1992 erhielt der Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa-Nationalparks von der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie im Rahmen des Gewässerrandstreifenprogramms einen Zuwendungsbescheid. Bis zum Jahre 2004 wurden insgesamt 60 Mio. DM in Aussicht gestellt. Nun war Landkauf in größerem Umfang und die Ausschreibung für einen Pflege- und Entwicklungsplan (PEPL) möglich. Während der Landkauf recht gut gelaufen ist, erwies sich der Pflege- und Entwicklungsplan als weniger erfolgreich. Die Erstellung war außerdem sehr teuer.

Am 27.6.1995 wurde endlich das Gesetz zur Errichtung eines Nationalparks „Unteres Odertal“ vom Landtag in Potsdam verabschiedet. Nun schien der Weg frei für eine konsequente Umsetzung des Nationalparkgedankens im Unteren Odertal. Ein kluger Schritt war zweifellos die Gründung der Nationalparkstiftung „Unteres Odertal“ im September 1995, mit der u. a. die doppelte Absicherung des Landerwerbs verbunden wurde.

Der Verein als Träger eines Großschutzprojektes mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung und Unterstützung durch das BMU konnte nunmehr auch BVVG-Flächen erwerben und damit die Kerngebiete weiter absichern. Die Pressearbeit wurde offensiver. In punkto Naturschutzbildung machte von nun an die Teerofenbrücke auf sich aufmerksam (von der Petrochemie und Kraftstoffe AG PCK Schwedt als Stiftungskapital eingebrachte Ferienanlage). Insgesamt waren die Jahre 1995-1997 für den Nationalpark und seinen Träger recht erfolgreich, vor allem, was den Landkauf und die Umweltbildung (einschließlich der Exkursionen für die Öffentlichkeit) anging. Es handelte sich um eine Zeit eines noch großzügigen Umgangs mit dem Boden (Flächenstilllegungen im großen Stil) und vergleichsweise reichlich sprudelnder öffentlicher Mittel (s. ABM, SAM und andere Mittel der Arbeitsförderung für den Nationalpark). Diese Zeiten hat der Verein gut genutzt. Die Erarbeitung des PEPL verzögerte sich allerdings und es traten Probleme auf, die bei der besseren Einbeziehung orts- und landschaftskundiger Mitarbeiter eventuell hätten vermieden werden können.

1996 konnte endlich mit dem Flurneuerungsverfahren begonnen werden, das dem Verein im Wesentlichen die Flächen des Kerngebietes sichern sollte. Das Verfahren erwies sich aber von Anfang an als schleppend und wurde vom Land nicht mit der notwendigen Vehemenz vorangetrieben.

Ab 1997 entspannte sich das Verhältnis zu den Landwirten zunehmend, erkannten immerhin schon viele die Vorteile eines Nationalparks. Es gab sogar direkte Unterstützung in Form einer Übergabe bodenständiger, gut an die Verhältnisse angepasster Rinder- und Schafrassen zur Landschaftspflege an die Bauern.

1997 überstand das Untere Odertal die Jahrhunderthochwasserkatastrophe. Es zeigte sich, dass das Nationalparkkonzept Sicherheit für die Menschen bedeutet, dass letztlich Naturgewalten gar nicht so schlimme Folgen zeitigen müssen, wenn sich der Mensch angemessen darauf einstellt. In Brandenburg wurden zahlreiche Konzepte entwickelt, welche Retentionsflächen man an anderer Stelle noch schaffen sollte, welche Polder (nach Schwedter Vorbild) noch einzurichten waren usw. Nach zwei Jahren Trockenheit waren alle guten Vorsätze wieder vergessen und der von der Presse so gelobte „Deichgraf“ Matthias Platzeck wendete sich anderen Schauplätzen zu.

Andere Gefahren für den Nationalpark zogen auf, die wir für die Zukunft als die gefährlichen ansehen werden müssen:

Aus angeblich gesamtgesellschaftlicher Notwendigkeit sollte ein neuer Grenzübergang nördlich von Schwedt gebaut werden, der ein sehr hochwertiges Stück Landschaft durchschneidet. Ein neuer Schwedter Hafen wurde für unabdingbar erklärt, obwohl nach Lage der Dinge mit keiner Zunahme des Umsatzvolumens zu rechnen war und keine neuen Arbeitsplätze erwartet werden konnten. Glücklicherweise sind solche Projekte wie der neue Grenzübergang und der Ausbau der Hohensaaten-Friedrichsthaler-Wasserstraße auf massive Proteste einer mehr und mehr sensibilisierten Öffentlichkeit gestoßen. Umweltbildung, eine zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit und letztlich Geldmangel in den öffentlichen Kassen haben diese Projekte bislang behindert resp. verhindert. Es zeigt sich aber, belegt auch durch andere Beispiele von Nationalparks weltweit, dass sich der Druck auf diese Reservate mit zunehmender Verschlechterung der Lebensbedingungen auf der Erde verstärkt.

Die Politik denkt in sehr kurzzeitigen Kategorien, unterliegt dem Einfluss von Lobbyisten und versucht sich oft auf Kosten vermeintlicher Sündenböcke zu profilieren. Hinzu kommt besonders in den neuen Bundesländern ein noch wenig entwickeltes Rechtsstaatsbewusstsein, was verschiedene Urteile hoher gestellter Gerichte und Gremien insbesondere zu Alleingängen des Landes Brandenburg bestätigen (z. B. Urteil zur Bodenreform, Mängel bei der Verwaltung der Finanzen).

Bis Ende 1998 gelang es dem Förderverein, die Bedingungen des Zuwendungsbescheids akkurat zu erfüllen und ca. 28 Mio. DM auszugeben. Davon konnten bis dahin 2.820 ha im Kerngebiet und 1.980 ha außerhalb erworben werden, darunter die ehemals volkseigenen Güter Criewen und Flemisdorf, die sich als geeignete Austauschflächen anbieten. Mit dem Stopp des Landkaufs durch das damalige MUNR wurde offensichtlich der Lobby der Großagrarien Tribut gezollt. Damit sind mit Sicherheit nur wenige Wählerstimmen gewonnen und keine neuen Arbeitsplätze geschaffen worden.

Dem Förderverein war es in den Jahren ab 2000 faktisch nur noch möglich, private Kleinflächen aus seinen Pachteinnahmen zu kaufen, aber keine BVVG-Flächen. Damit haben sich die Möglichkeiten zur Erfüllung des Nationalparkgesetzes von 1995 drastisch reduziert. Nach der Novellierung des Nationalparkgesetzes 2007 wird es wohl noch geraume Zeit dauern, bis die Kriterien für einen echten Nationalpark erfüllt sind. Verschärfend dürfte sich in dieser Situation der zunehmende Run auf Flächen auswirken, wie der Kritische Agrarbericht 2008 nachweist (LUIK u. a. 2008). Die Landwirtschaft erhält neben der Ernährungsfunktion zunehmend Aufgaben zur Produktion von Rohstoffen und Umweltgütern. Umso mehr sind seriöse Gespräche zwischen dem Verein und dem MLUV fortlaufend nötig. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit und der nachwachsenden Rohstoffe hat ein Nationalpark einiges zu bieten. Ein gut besuchtes Kolloquium im Deutsch-Polnischen Begegnungszentrum im Jahre 2007 hat hierzu Wege und Möglichkeiten aufgezeigt. Es lässt sich durchaus eine Entwicklung einleiten, die allen deutlich macht, dass ein Nationalpark nicht nur eine für alle gesündere Umwelt schafft, sondern auch Arbeitsplätze, wenn regional und ökologisch gewirtschaftet wird. Die großen Möglichkeiten des ökologischen Landbaus werden leider im Gebiet des Nationalparks so gut wie überhaupt noch nicht genutzt. Das ist in hohem Maße verwunderlich und scheint ein Generationen- und Mentalitätsproblem zu sein. Offenbar fehlt noch ein Initialbeispiel, das den Dambruch herbeiführt. Im Rahmen des ökologischen Landbaus konnten die Spannungen zwischen gesetzlichen Rahmenbedingungen eines Nationalparks und der Landnutzung wesentlich abgebaut werden (s. a. SCHALITZ 2004). Es sind sogar erhebliche Synergieeffekte möglich, wenn man an das riesige Einzugsgebiet von Berlin denkt. Auf die finanziellen Vorteile weist HARTMANN u. a. (2006) hin.

Nichtsdestotrotz bleibt die Existenzsicherung eines Nationalparks angesichts weltweit zunehmender Ressourcenverknappung ein Kampfesfeld auf unabsehbare Zeit. Eine solide interdisziplinäre, wissenschaftlich-fachliche Begleitarbeit muss dabei eine wichtige Position einnehmen. Nicht minder entscheidend ist die Ausschöpfung aller juristischen Möglichkeiten zur Vertretung der Naturschutzinteressen, wie die Geschichte des Nationalparks Unteres Odertal auf eindrucksvolle Weise bestätigt.

Literatur:

Bahro, R. (1990):

Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik. - Union Verlag Berlin, 527 S.

Engels, F. (1962):

Zur Lage der arbeitenden Klasse in England. - In: Marx/Engels Werke, Gesamtausgabe, Dietz-Verlag Berlin

Fukuyama, F. (2002):

Das Ende des Menschen. - Dt. Verlagsanstalt München, 1. Auflage

Hartmann, E., Thomas F. & R. Luik (2006):

Agrarumweltprogramme in Deutschland. - Naturschutz und Landschaftsplanung 38 (9), S. 205-313

Jonas, H. (1989):

Das Prinzip Verantwortung. - Insel Verlag, 5. Auflage, Frankfurt/M.

Luik, R., Müller, B. & J. Springorum (2008):

Der kritische Agrarbericht, Schwerpunkt 2008: Landwirtschaft als Energieerzeuger. – ABL Bauernblatt Verlags GmbH Hamm

Schalitz G. (2004):

Das Grünland in der Agrarlandschaft zwischen gestern und morgen. - Arch. f. Acker- und Pflanzenbau und Bodenkunde 50 (2), S. 149-159

Schalitz G. & J. Beckmann (1998):

Ökologische Aspekte der extensiven Weidehaltung und Überlegungen zu Bewertungsansätzen. - Zentrum für Agrarlandschaftsforschung Müncheberg, ZALF-Bericht Nr. 33, S. 79- 99

Wilson, E. O. (1997):

Der Wert der Vielfalt. Die Bedrohung des Artenreichtums und das Überleben des Menschen. – Piper München und Zürich, 512 S.